Nichteinhaltung von Rüstungsaufträgen: Von zwei Unternehmen werden 340 Mio. eingezogen

03.11.2026

Sie erhielten eine Vorauszahlung in Milliardenhöhe für Rüstungsgüter, erfüllten den Vertrag jedoch nicht: Auf Antrag der Staatsanwaltschaft haben die Gerichte die Einziehung von 340 Millionen Hrywnja angeordnet.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels des **Onlineportals Korrespondent.net***. Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei* **Ukraine-Nachrichten** *verwendeten Konventionen.*

???

Sie erhielten eine Vorauszahlung in Milliardenhöhe für Rüstungsgüter, erfüllten den Vertrag jedoch nicht: Auf Antrag der Staatsanwaltschaft haben die Gerichte die Einziehung von 340 Millionen Hrywnja angeordnet.

Die Gerichte gaben zwei Klagen der auf den Verteidigungsbereich spezialisierten Staatsanwaltschaften statt, mit denen von privaten Unternehmen 340 Millionen Hrywnja wegen Verletzung staatlicher Verträge für Verteidigungszwecke eingeklagt wurden. Dies teilte die Pressestelle der Generalstaatsanwaltschaft am Dienstag, dem 3. November, mit.

Im Oktober 2022 schloss das ukrainische Verteidigungsministerium mit einem privaten Unternehmen einen Vertrag über die Lieferung von Waffen ab. Der Lieferant erhielt eine Vorauszahlung in Höhe von 1,3 Milliarden Hrywnja, erfüllte den Vertrag jedoch nicht und zahlte die Mittel nicht fristgerecht zurück.

Aus diesem Grund wandte sich die Staatsanwaltschaft an das Gericht mit der Forderung, 285,9 Millionen Hrywnja an Inflationsverlusten sowie 3 % Jahreszinsen wegen verspäteter Rückzahlung der Gelder einzuziehen.

Am 28. Oktober 2026 gab das Wirtschaftsgericht der Stadt Kiew der Klage der Spezialstaatsanwaltschaft für Verteidigungsangelegenheiten der Generalstaatsanwaltschaft in vollem Umfang statt.

Eine weitere Klage betraf einen Auftrag für die Bedürfnisse der Nationalgarde der Ukraine. Ein privates Unternehmen hatte eine nicht in Anspruch genommene Vorauszahlung nicht zurückgezahlt und die fälligen finanziellen Aufwendungen nicht beglichen.

Am 26. Oktober 2026 gab das Wirtschaftsgericht der Stadt Kiew der Klage der Spezialstaatsanwaltschaft für Verteidigungsangelegenheiten der Region Dnipro im Osten des Landes auf Einziehung von 54,1 Millionen Hrywnja statt, darunter Vorauszahlungen, Zinsen und Vertragsstrafen.

Insgesamt sind gemäß den beiden Gerichtsurteilen zugunsten des Staates 340 Millionen Hrywnja einzuziehen.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 278

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.